

Die sogenannten Pandemiejahre mit ihren Lockdowns, Testungen und Impfforderungen haben nicht zuletzt bei vielen Menschen im Bildungswesen zu Beeinträchtigungen geführt. Auch Psychologinnen und Psychologen und ihre Organisationen haben an der Umsetzung von Maßnahmen mitgewirkt. Schon 2020 war absehbar, dass dabei Evidenz und Rationalität kaum gegeben waren. Wie gehen Psychologen und Psychologinnen heute damit um, dass selbstformulierte ethische Ansprüche an das berufliche Handeln auf der Strecke blieben? Überlegungen von **Jürgen Mietz**.

Der fehlende Wille zur Aufarbeitung ist eine Entwicklungsbremse

Das Thema „Aufarbeitung“ taucht immer wieder auf: Waren die Maßnahmen evidenzbasiert, wissenschaftlich begründet oder politisch motiviert? Wer mag welche Interessen gehabt haben? Offensichtlich lässt es sich nicht in das Untergeschoss des kollektiven Bewusstseins verdrängen. In die Sphäre des Vergessens scheint es nicht abzusinken zu wollen, dorthin, wo manche es gern hätten.

Eher scheint eine Ahnung zu entstehen, dass Ungeheuerliches geschehen sein könnte und die Folgen keineswegs rein vorübergehender Natur sind. Die Veröffentlichung der sogenannten RKI-Files zeigt, dass wir nicht auf wissenschaftlicher Grundlage beraten und geführt wurden, sondern aufgrund politischer Motive, die wissenschaftlich verkleidet wurden. Allein das rechtfertigt schon die Forderung nach „Aufarbeitung“, soll der Anspruch auf Demokratie und Rationalität Gültigkeit behalten. Denn die Beugung der Wissenschaftlichkeit für politische Zwecke und die Beugung der Grundrechte wirkten in alle Lebensbereiche, seien es juristische, ökonomische oder gesellschaftliche[1].

Die Ablehnung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses durch die Ampelparteien löste Widerspruch aus, so auch den von Frauke Rostalski, Mitglied im Ethikrat. Zur Wiederherstellung der Gesprächsfähigkeit in der Gesellschaft und um Gräben zu schließen, müsse es zu Schritten der Aufarbeitung kommen - unbedingt parlamentarisch, aber auch juristisch und gesellschaftlich[2]. Zur gesellschaftlichen Ebene zählt sie die Medien, die zahllosen Institutionen, Betriebe, Gewerkschaften, die von den Wirkungen der Pandemiepolitik betroffen und/oder auch Handelnde waren.

Was bedeutete die Zeit der Angst vor einem Virus für diese gesellschaftlichen Organisationen, also für „uns“? Welche Wirkungen hatten die politischen Einlassungen und Verordnungen, deren Grundlage schon damals bezweifelt werden konnten, aber unter dem Druck überwältigender Droh- und Bestrafungsszenarien beschwiegen und in den persönlichen und gesellschaftlichen Untergrund geschoben werden mussten? Die von Frauke Rostalski angeratene gesellschaftliche Ebene, also zum Beispiel die Ebene der

Vereine und Verbände, hat mich angesprochen. Als ehemaliger Schulpsychologe und ehemaliges Mitglied eines Berufsverbandes will ich im Folgenden einige Anmerkungen aus meiner Perspektive, vermutlich abweichend vom schulpsychologischen und psychologischen Mainstream, anstellen. Da seit mehreren Jahren nicht mehr im Dienst, also auch nicht im täglichen Gespräch mit Kolleginnen und Kollegen, verwende ich überwiegend im Internet zugängliches Material. Ausschlaggebend dafür, den folgenden Text zu schreiben, war meine Durchsicht des Programms zum Bundeskongress der Sektion Schulpsychologie im September 2024[3], in dem ich keinen Hinweis auf eine Aufarbeitung der „Pandemiejahre“ (oder etwas Ähnliches) fand.

Anspruch der Aufklärung und Humanität

Ich wundere mich, dass aus den Reihen der Schulpsychologie und der Psychologie allgemein nicht ein deutlicher Drang zur Aufarbeitung erkennbar ist. Aufgabenbeschreibungen, Selbstverständnisanzeigen in Satzungen und Stellungnahmen signalisieren einen hohen Anspruch an ethischer Grundhaltung, an Wissenschaftlichkeit, an Rationalität, an Willen zur Individualität in gesellschaftlicher Verantwortung.

Man sieht sich als „Kompetenter Impulsgeber“: „Regelmäßige Stellungnahmen, Beiträge und Diskussionen sowohl zu aktuellen fachspezifischen Themen als auch zu Entwicklungen des allgemeinen Berufs- und Lernumfeld Schule geben Orientierung und fördern die Transparenz.“[4]

Man möchte - u.a. mit politischen Handlungsträgern - „aktiv mitgestalten“. In der Satzung ist vom Anspruch auf Humanisierung der Schule die Rede, von Entwicklung der Einzelpersönlichkeit und der schulischen Organisation.

Von einem anderen Landesverband der Schulpsychologie ist zu lesen:

„Der Verband vertritt die Interessen der Schulpsycholog*innen und aller im Bereich Schule und Bildung tätigen Psycholog*innen, insbesondere im Hinblick auf die inhaltliche Weiterentwicklung und Zukunftsfähigkeit der schulpsychologischen Arbeit.“[5]

Und was von den Corona-Maßnahmen drohte, ließ sich schon recht früh erkennen. Der bayerische Verband veröffentlichte 2021 ein „Risikocluster“[6].

Über ein virtuelles Hearing des Vorstands mit 70 Mitgliedern am 25. Mai 2021 heißt es:

„Die Bedeutung der Schulpsychologie für die Organisation Schule wird künftig verstärkt mehr daran gemessen werden, ob und inwieweit schulpsychologische Tätigkeit psychische Einbußen kontinuierlich fachkundig zu begleiten und die gesundheitsbeeinträchtigenden Einstellungen und Verhaltensweisen aktiv zu lindern vermag. Ein systemtranszendierender Blick auf mögliche strukturelle Verbesserungen in der Organisation Schule („Verhältnisprävention“) ist dabei eingeschlossen.“[\[7\]](#)

Es wäre interessant zu erfahren, was aus dieser Überlegung der Systemtranszendenz der strukturellen Verbesserungen wurde.

RKI-Files - ohne Folgen für die Seelenlage der Psychologie?

Wenn auch mühsam und holperig: Die Bemühungen, den unterschiedlichsten Facetten der Maßnahmen und ihren Folgen Öffentlichkeit zu verschaffen, nehmen Fahrt auf. Besonders die Veröffentlichung der sogenannten RKI-Files ist ein Impuls für eine Aufarbeitung. Immerhin zeigen sie, dass die Maßnahmen nicht dem Ruf der Wissenschaft geschuldet waren, sondern einem politischen Interesse: Das RKI handelte und verkündete gemäß politischer Vorgaben und nicht gemäß Prinzipien der Rationalität. Die „Wissenschaftlichkeit“ war eine vorgetäuschte, nicht eine erwiesene, geprüfte und begründete. Die immer wieder lautstark von Politik, Medien und RKI beschworene Gefahr war eine künstlich erzeugte, die einen anderen Zweck verfolgte als den Schutz der Menschen vor einer tödlichen Gefahr.

Wie bekannt, hatten darunter besonders Kinder und Jugendliche, Schulen, damit auch Lehrer und Eltern zu leiden. Ihre psychische und entwicklungspsychologische Gesundheit wurde aufs Spiel gesetzt. Zahlreiche Institutionen und Einzelpersonen folgten dem Alarm von Politik, Behörden und Medien, obwohl schon in den ersten Tagen der „Pandemie“ Zweifel an der Schwere und Besonderheit des Virus zu vernehmen waren. Aber die wurden mit bis dahin ungekannter, ungeheuerlicher Konsequenz und Brutalität beiseitegeschoben. In der Bevölkerung dominierten das Mitmachen und die Folgsamkeit, nicht der Widerstand und das Beharren auf zentralen Prinzipien (Grundrechte, Verhältnismäßigkeit, Evidenz). Das wirft Fragen nach der Verfasstheit der Gesellschaft und der Verfasstheit der Individuen auf; denn sie scheint geeignet, unser Leben in ein überwachtes, autoritäres zu verwandeln. Ist das für Schulpsychologinnen und Schulpsychologen wie auch für die Gesellschaft unerheblich?

Die Schäden sind da - und nun?

Bestätigt wurden kontinuierlich die schädlichen Folgen der Maßnahmenpolitik für Kinder und Jugendliche in verschiedenen Studien. Die Bundesregierung(en) legten einige Förderkonzepte auf, die zu Recht von den Interessenvertretungen als unzureichend qualifiziert wurden. Nicht zuletzt forderten die Verbände, ebenfalls zu Recht, den Ausbau der Dienste für Schulpsychologie und Sozialarbeit.[8] Die Sektion Schulpsychologie im Berufsverband deutscher Psychologinnen und Psychologen stellt am 8. März 2023 fest:

„Nach 3 Jahren Schulkrise, ausgelöst durch die Pandemie und zahlreiche globale und lokale Krisen, kann die aktuelle Situation in den meisten deutschen Schulen nur als katastrophal bezeichnet werden. Die tiefgreifenden Pandemiemaßnahmen haben vielfach zu psychischen Belastungen und Störungen geführt und bei Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften tiefe Spuren hinterlassen, die sich ebenfalls in deutlichen Lerndefiziten (1) niederschlagen. Gesellschaft, Bildung und Wirtschaft stehen vor historischen Herausforderungen.“[9]

Und auch in den öffentlich-rechtlichen Medien sind die Hiobsbotschaften zu vernehmen: „Wir spüren die Nachwirkungen der Pandemie jeden Tag bei den Schülerinnen und Schülern“, erklärt Andrea Spies, Vorsitzende der Sektion Schulpsychologie. Auch vor der Pandemie habe es psychische Belastungen gegeben. „Aber durch die Pandemie sind diese noch größer geworden, weil viele soziale Erfahrungen nicht gemacht wurden“, sagt Spies.[10]

Kaum jemand kann den großen Schaden übersehen. Und wer nicht ganz und gar naiv ist, muss davon ausgehen, dass die Corona-Maßnahmen eine - zumindest teilweise - traumatisierende, prägende Tiefenwirkung hatten.

Zwar wird inzwischen eingestanden, dass gerade Kinder und Jugendliche zu Unrecht und zu lange von den Maßnahmen eingeschränkt wurden. Was das für die Kinder und Jugendlichen, die Lehrerinnen und Lehrer, für die Behörden, für Eltern, für die Art und Weise, wie Schule gemacht und wie sie verstanden wird, bedeutet, ist jedoch nicht Bestandteil öffentlicher Debatten, obwohl gerade das doch von allergrößtem öffentlichen Interesse und zukunftsrelevant ist.

„Übersehen“ wird: Für nicht wenige Menschen wurde ihr Urvertrauen in Politik, in gesellschaftliche Institutionen und in Mitmenschen zerstört. Der Staat versuchte, sich als fürsorglicher Retter darzustellen, walzte aber jeglichen Einwand, sei er medizinischer, juristischer, menschenrechtlicher, pädagogischer, sozialpsychologischer Art, mit

Unterstützung der meisten Medien platt. Diese Zeit war eine Zeit des von höchster Stelle praktizierten und damit quasi-legitimierten Mobbing, der Ausgrenzung, der Denunziation[[11](#)] - eine Normverschiebung in Richtung Autoritarismus mit dem Willen zur Einschüchterung. Es wurden Gewaltformen sichtbar, gegen die sich pädagogisches und psychologisches Personal in der Regel ausspricht. Kann jemand glauben, dass ein solches Vorgehen nicht die Grundlagen einer Gesellschaft der Gleichen und des Respekts, nicht psychische Gesundheit und Stabilität angreift?

Auf diese Krise der Menschlichkeit, herbeigeführt durch ein ungekanntes Maß an Repression, Einschüchterung und Informationsverengung, die einem groß angelegten Missbrauch nahekam, gehen die Fachverbände bisher nicht ein. Schon sehr früh waren eklatante methodische Defizite in den Datenerhebungen erkennbar - und dennoch gab es keinen Widerspruch. Diese fragwürdigen Prozeduren bleiben bis heute unkommentiert. Vielleicht werden sie intern diskutiert, aber zu institutioneller „Aufarbeitung“ mag sich (noch?) niemand entschließen.

Christof Kuhbandner und Christian Schubert gehörten als Professoren für Psychologie zu den Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen, die die Maßnahmen und Methoden kritisierten. Sie haben nach meinem Kenntnisstand von der organisierten Psychologie keine Unterstützung bekommen. Ihre Einschätzungen von „damals“ erweisen sich spätestens „heute“ als durchaus beachtenswert[[12](#)].

Fragwürdiger Umgang mit methodischen Grundlagen

Allerdings musste man kein Statistikfuchs sein, um den „Fehlern“ auf die Spur zu kommen. Die Grundlagen der Statistikurse sollten reichen, um auf die Mängel der offiziellen „Untersuchungsmethoden“ aufmerksam zu werden. Im Studium würden derartige Schnitzer (hoffentlich) ausreichen, um durch die Prüfung zu fallen. Wie kann man es durchgehen lassen, eine „wachsende Gefahr“ darüber (künstlich) zu erzeugen, dass man die Zahl der Testungen - hier mit den PCR-Tests - unerwähnt und unkontrolliert „hochfährt“ und die dadurch steigenden „Fallzahlen“ im Sinne der Gefährlichkeit des Virus deutet und entsprechend kommuniziert, anstatt sie auf die einfache Tatsache der gesteigerten Zahl der Testungen zurückzuführen? Eklatant wurde hier die Wissenschaftlichkeit missachtet, ein Kriterium, auf das Psychologieverbände gern hinweisen, um die Reputation des eigenen Fachs zu verdeutlichen. Wer solche Manipulation - wie sollte man es sonst nennen? - durchgehen lässt, macht sich doch der Sympathie für irrationale Strategien, der Parteilichkeit und der Unseriosität verdächtig.

Panikmache hingenommen und „Nudging“ empfohlen

Ein anderes Beispiel für die ausgelassene Möglichkeit kritischer Intervention war das sogenannte Schockpapier aus dem Innenministerium vom März 2020[13]. Darin wird eine krasse Dramatisierungsabsicht deutlich, um Angst zu erzeugen. Schon zu diesem Zeitpunkt zeigten Studien, dass die Mortalitätsraten deutlich niedriger lagen als von Maßnahmenbefürwortern verkündet. Das schien den Autoren des Schockpapiers nicht recht gewesen zu sein:

„Wir müssen wegkommen von einer Kommunikation, die auf die Fallsterblichkeitsrate zentriert ist. Bei einer prozentual unerheblich klingenden Fallsterblichkeitsrate, die vor allem die Älteren betrifft, denken sich viele dann unbewusst und uneingestanden: ‚Naja, so werden wir die Alten los, die unsere Wirtschaft nach unten ziehen, wir sind sowieso schon zu viele auf der Erde, und mit ein bisschen Glück erbe ich so schon ein bisschen früher‘.“[14]

Einige Zeilen weiter heißt es:

„Um die gewünschte Schockwirkung zu erzielen, müssen die konkreten Auswirkungen einer Durchseuchung auf die menschliche Gesellschaft verdeutlicht werden: ...“

Auf der Grundlage eines einseitigen und eingeschränkten Expertentums (?), (zahlreiche Fachgebiete sind gar nicht vertreten), aber ausgestattet mit der Lust daran, einen immensen Kontroll- und Disziplinierungsapparat aufzufahren, wird hier eine Marschrichtung verfolgt, die in der Praxis nicht ohne Wirkung blieb. Die erwähnten Schäden (und weitere), die von Psychologieverbänden beklagt werden, gehen auf Manipulationen und Voreingenommenheiten zurück. Das sollten Psychologinnen und Psychologen nicht unkommentiert lassen, wenn sie in Fragen psychischer Gesundheit ernst genommen werden wollen.

Im Juni 2020 mischte sich der Berufsverband deutscher Psychologinnen und Psychologen (BDP) gemeinsam mit der Bundespsychotherapeutenkammer, der deutschen Gesellschaft für Psychologie und dem Leibniz-Zentrum für psychologische Information und Dokumentation in die öffentliche Debatte ein[15]. Man nutzte die Gelegenheit nicht, um das Schockpapier zu relativieren oder gar zu kritisieren; oder um Kuhbandner, Schubert und andere zu unterstützen. Vielmehr stellte man sich hinter die Regierungspolitik. Man bot psychologische Methoden an, um der Regierungspolitik zum größtmöglichen Erfolg zu

verhelfen - ohne irgendeinen Zweifel an der Sinnhaftigkeit oder Folgeschwere der Maßnahmen. Eher handelte es sich um ein Bewerbungsschreiben, um in den Kreis der Expertinnen und Experten aufgenommen zu werden. Man beteiligte sich an Versuchen der Manipulation. So sollten die Menschen einen möglichst großen Spielraum erhalten, damit sich ihre Überzeugung stärkt, sie bestimmten selbst. So verstehe ich die Stelle „Kontrollüberzeugung steigern, indem Empfehlungen und Vorschriften an die Bevölkerung einen möglichst hohen und konkreten Anteil eigener und gemeinsamer Aktivität beinhalten“.

Weiter soll die „Eigenverantwortung in der Kommunikation [betont werden], um das freiwillige Befolgen der Maßnahmen zu verbessern“. Kurz: Die Bürger und Bürgerinnen sollen das, was sie tun sollen, freiwillig und mit dem Gefühl der Selbststeuerung tun. Technokratisch und von oben herab reflektiert man über die „Gefahr der Verfestigung dysfunktionaler Einstellungen“ bei Menschen mit einem „Lower Class Mindset“. Diese Menschen mit niedrigem sozioökonomischen Status, wohnend in kleinen Wohnungen, alleinerziehend, mit herabgesetzten Bildungsmöglichkeiten, sind auf die Führung der Experten angewiesen. Wie sollten sie Subjekte sein? Ihnen werden dysfunktionale Einstellungen bescheinigt, die zu Unruheherden werden können. Die Verbändevertreter sind getrieben von der Sorge, dass gesellschaftlicher Zerfall eintreten könnte, und sie stellen sich dabei auf die Seite der Führungen, denen sie mehr Psychologie empfehlen, damit es nicht knallt bzw. es keinen Widerstand gibt. Aus der Sicht der Betroffenen und Leidenden wird nicht argumentiert. Sie sollen sich als Subjekte fühlen dürfen, sollen aber keine sein. Deren Einstellungen sind lediglich dysfunktional - in Bezug auf welche Funktion in welchem System?

Herabsetzung mittels Verschwörungsvorwurf

Die Verbände verwenden im Juni 2020 in ihrer Stellungnahme die seinerzeit übliche Beschreibung abweichender Meinungen als Verschwörungsneigung, also als sachlich unbegründet. Wie der politische und mediale Mainstream bescheinigen sie den Abweichlern psychische Defizite:

„Im Kontext von COVID-19 ist die Befriedigung der Bedürfnisse nach Sinn, Sicherheit und Sozialem von besonderer Bedeutung, denn Menschen suchen nach Erklärungen für wichtige Ereignisse.“

Gerade „bei mangelndem Wissen können sie stärker zu Verschwörungsmythen neigen, in

denen vermeintlich einfache Erklärungen durch die Machenschaften mächtiger Akteure plausibel erscheinen“ oder wenn sie „keine oder nur geringe Kontrolle über wichtige Lebensbereiche haben“. Eines der Ziele laut Verbändepapier sollte also sein, „‘FakeNews‘ und Verschwörungserzählungen wirksam bekämpfen durch Identifikation vulnerabler Gruppen und gut zugängliche, nachvollziehbare Kommunikation“.

Angesichts dessen, was wir heute wissen (können) und was damals im Juni 2020 faktenbasiert nicht undenkbar war, sollten die Verbände und ihre Autorinnen und Autoren noch einmal überprüfen, wo etwaige Verschwörungen und Machenschaften mächtiger Akteure (und wer sie waren) stattgefunden haben könnten.

Einzelne Einschätzungen, wie etwa die Möglichkeit der Übertragung von Erfahrungen des Ausgeschlossenenseins auf folgende Generationen, sind sicherlich nicht falsch. Allerdings argumentieren die Verbände aus einem Bündnis und aus einer Identifikation mit der Macht. „Stimmungswandel [droht]“ und „Zusammenhalt“ werde „untergraben“, weil durch die „erfolgreiche Bewältigung“ (!) „eine mediale und politische Aufmerksamkeitsverschiebung“ zu beobachten sei. Es wird eine quasi-natürliche Laxheit („Sorglosigkeit“) der Menschen (besonders wohl der Unwissenden) unterstellt, gegen die man die „weiterhin erforderlichen Maßnahmen“ (!) durchsetzen müsse. Man stellt sich offensichtlich nicht die Frage, ob der Schaden der Maßnahmen größer sein könnte als der Nutzen. Und schon gar nicht kommt den Autoren und Autorinnen in den Sinn, eventuell „Upper class mindsets“ nachzugehen.

Evidenzbasierte Beurteilungen waren möglich

Es ist sehr irritierend, zu sehen, dass die Verbände abweichende Positionen nicht zur Kenntnis nahmen und offensichtlich immer noch nicht zur Kenntnis nehmen. Man könnte sich durchaus am Netzwerk für evidenzbasierte Medizin orientieren. Am 15. April 2020 stellte das EbM fest:

„Anfangs kam es in vielen Ländern, so auch in Deutschland und Österreich, zu einer Verdoppelung der diagnostizierten Fälle ca. alle 2 bis 2 ½ Tage [1] und Hochrechnungen prognostizierten, dass die Kapazitäten der Krankenhäuser für die Versorgung der Erkrankten spätestens Anfang April erschöpft sein würden [2]. Diese Prognosen haben sich für Deutschland und Österreich bisher nicht bewahrheitet, und inzwischen ist es zu einer deutlichen Verlangsamung der Ausbreitung gekommen. In Deutschland ist die Anzahl der durchschnittlichen täglichen neu positiv Getesteten (jeweils Durchschnitt der letzten sieben Tage) vom Spitzenwert von 5837/Tag am 02.04.2020 auf 3385/Tag (Stand 15.04.2020) zurückgegangen [1].[\[16\]](#)“

Den schrillen Ton der Disziplinierung und Kontrolle wie auch den der Andienung an die Regierungspolitik hätten die Verbände vermeiden können. Schon zu einem frühen Zeitpunkt hätte man im Gegenteil Druck aus dem Kessel nehmen können (was vermutlich nicht erwünscht war), wenn man sich an durchaus kompetenten, wissenschaftlichen Analysen und Einschätzungen orientiert hätte wie zum Beispiel denen der Forschungsgruppe um Matthias Schrappe[17]. Sie stellte u.a. die Orientierung an der Spanischen Grippe infrage.

„Die Tatsache, dass damals hinsichtlich der Todesfälle vor allem junge Leute betroffen waren und dass weder Hygienestandards noch medizinische Versorgung 1918/19 mit heute vergleichbar sind, spricht eher gegen eine Übertragbarkeit.“

Im selben Papier heißt es:

„Die mediale Berichterstattung berücksichtigt jedoch in keiner Weise die von uns geforderten Kriterien einer evidenzbasierten Risikokommunikation.“

„These 3:

Entstehung und Bekämpfung einer Pandemie sind in gesellschaftliche Prozesse eingebettet. Die derzeitig angewandte allgemeine Präventionsstrategie (partieller shutdown) kann anfangs in einer unübersichtlichen Situation das richtige Mittel gewesen sein, birgt aber die Gefahr, die soziale Ungleichheit und andere Konflikte zu verstärken. Es besteht weiterhin das Risiko eines Konfliktes mit den normativen und juristischen Grundlagen der Gesellschaft. Demokratische Grundsätze dürfen nicht gegen Gesundheit und Bürgerrechte ausgespielt werden. Die Einbeziehung von Experten aus Wissenschaft und Praxis muss in einer Breite erfolgen, die einer solchen Entwicklung entgegenwirkt.“

„Diese Interaktion zwischen Politik und Wissenschaft ist zur Bewältigung einer solchen Krise wünschenswert, stellt für beide Seiten jedoch nur dann ein sinnvolles Vorgehen dar, wenn die Breite der relevanten wissenschaftlichen Ansätze und fachlichen Expertisen zutreffend abgebildet wird und unterschiedliche Perspektiven zu Wort kommen.“

Eine entsprechende Herangehensweise und Kommunikationsform wäre geeignet, die Menschen zu beruhigen und einen Beitrag dazu zu leisten, die Immunsysteme

zu stärken. Eine Argumentationslinie, wie Schrappe und andere sie zeigten, stände Psychologinnen und Psychologen gut.

Raum geben für Selbstklärung und Selbstkritik

Es gibt also durchaus Anhaltspunkte dafür, eine Aufarbeitung durch Psychologinnen und Psychologen und der Psychologieverbände angeraten erscheinen zu lassen. Ich verkenne nicht, dass es dabei Bedrängnisse geben kann. Es steht im Raum, dass man sich auch persönlich womöglich nicht von der tapfersten Seite gezeigt hat – entgegen einem vermutlich gänzlich anders gearteten Selbstbild. Eigene Ängste und Anpassungsbereitschaften waren möglicherweise unerwartet dominant und die Fähigkeit/Bereitschaft zu Zivilcourage niedrig. Eine Aufarbeitung würde an die eigene Person rühren. Ohne eine solche „Berührung“ wäre sie allerdings auch deutlich weniger wert. Selbstbefragung, offene Kommunikation, Austausch über Erfahrungen von Ohnmacht, überzogene Anpassung und Ratlosigkeit würden erst die Aussicht eröffnen, künftig Fehler und Missbräuche zu verhindern. Sie könnten in einem ersten Schritt intern geschehen.

Ohne eine persönliche, kollegiale und verbandliche Kritik und Selbstkritik, für die es jeweils einen geeigneten Rahmen geben müsste, drohte nicht nur ein vorübergehender Imageschaden, sondern eine Erosion der Reputation. Wie sollte es möglich sein, den Anspruch auf Unabhängigkeit, Wissenschaftlichkeit, humanistischer, anwaltlicher Grundhaltung aufrecht zu halten, wo man sich so vollständig dem Regierungsnarrativ angeschlossen hat, etwa auch mit der Kampagne „Wir bleiben zu Hause“?[\[18\]](#) Was wären die selbstgestellten Leitlinien noch wert?

Die Normalisierung der Corona-Schäden

Die Verbände scheuen sich nicht, die Schwere der Schäden zu benennen, zum Beispiel die erwähnte Stellungnahme („aktuelle Situation ... katastrophal“) der Sektion Schulpsychologie im BDP vom 8. März 2023.

Die sich anschließenden Forderungen vermitteln den Eindruck, als würde ein Zuwachs an Schulpsychologen und Schulpsychologinnen allein für Heilung sorgen. Kein Wort der Analyse und Kritik, wie es zu diesen Krisen kommen konnte, welche Verantwortlichen und Mitverantwortlichen es gibt. Die vielgestaltigen Schäden der Coronazeit und der Maßnahmen strömen damit in das Meer der üblichen Defizite ein, verlieren sich dort und werden Teil der akzeptierten Normalität und der üblichen Klagen: die Malaise der Heterogenität der Schülerinnen und Schüler, der Arbeitsbelastung der Lehrkräfte, des

Personalmangels, der Bürokratie[19]. So münden die grundstürzenden Jahre einer unmenschlichen Politik seit 2020 in den normal-trüben Alltag der Bildungsrepublik Deutschland.

Das Versagen der Coronajahre wird umgebogen in verallgemeinernde Ergebnisse von Meinungsumfragen. Mit ihnen lässt sich Politik machen, ohne dass man an die Wurzel muss, wie man auch schon in der Vergangenheit die Wurzeln mied, aber gleichzeitig den Eindruck erweckte, auf der Höhe der empörenden Verhältnisse zu sein und die (katastrophale) Lage wie schon in den vergangenen Jahrzehnten im Blick zu haben. So lässt sich abstrakt von „Zukunftskompetenzen“, die Lehrer und Lehrerinnen für wichtig halten, schreiben. 31 Prozent von ihnen halten „Sozialkompetenz und Empathie“ für eine Zukunftskompetenz wie auch „Toleranz, Respekt und Demokratiefähigkeit“ für „zukunftsrelevant“ und einer Vermittlung für würdig[20]. Wie wäre es, diese so allgemeinen wie wünschenswerten „Kompetenzen“ auf das eigene Verhalten in der jüngeren Vergangenheit zu beziehen, wie auch auf das Erlebte, Erlittene und auf das, was man selbst womöglich anderen zugemutet oder auch angetan hat. Was bedeutet dieses Konglomerat aus Erlebtem, Erlittenem, Zugefügtem persönlich, organisationell und institutionell für eine Zukunftsgestaltung? Dazu ließe sich reden, aufarbeiten also.

Was sich in den Jahren seit 2020 als Sediment im individuellen und kollektiven Prozess des Durchkommens ablagert, ist nicht allein mit Stunden und in Förderprogrammen zu kompensieren. Mit einem stillen „Ich würde es wieder tun“ oder „Ich werde es nie wieder tun“ ist es nicht getan. Was sich in einem humanen Umgang miteinander etablieren soll, ist auf individuelle und kollektive Bewusstseinsbildung und Verständigung angewiesen. Ohne Austausch wird es keine Heilung geben, bestenfalls ein „Weiter so“ – mit einem großen Elefanten im Raum, der Entwicklung behindert.

Der in Frage stehende Charakter der Psychologie

Im Grunde wird über den Charakter der Psychologie verhandelt, wenn die organisierte Psychologie jegliche Unterstützung und Solidarität für Kollegen wie Christof Kuhbandner und Christian Schubert unterlässt. Das lässt sich als Signal verstehen, dass die organisierte Psychologie in sehr hohem Maße vom Medizinsystem sowie vom staatlichen Verwaltungsapparat und den von ihm abhängigen Institutionen vereinnahmt ist[21]. Aufarbeitung böte die Chance, die in Selbstverständnisbekundungen beanspruchte Wissenschaftlichkeit, Evidenzorientiertheit, Bürgerorientierung auf Stichhaltigkeit zu prüfen und ggf. neu auszubalancieren.

Zu beobachten ist jedoch eine weitgehende Sprachlosigkeit bzgl. Corona-Aufarbeitung,

obwohl doch die sogenannten RKI-Files Anlass böten, die Frage der Abhängigkeit und Unabhängigkeit der Psychologie als Teil der Wissenschaften zu bearbeiten. Dem Sinne nach hörte ich eine Erklärung, die nachvollziehbar ist: Die Kolleginnen seien be- und überlastet und im Wesentlichen nur noch mit dem Abarbeiten dessen befasst, was der Tag ihnen diktiert. An „Aufarbeitung“ ist also nicht zu denken (als Tatbestand und als Forderung lesbar), ist die nahegelegte Schlussfolgerung. Ein einschneidendes gesellschaftliches, ja weltgesellschaftliches Ereignis könnte demnach in seiner individuellen und gesellschaftlichen Tiefenwirkung als Bestandteil für Normbildung im wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Betrieb unerörtert bleiben. Die Verwerfungen und Brüche der Coronajahre könnten ins Unterbewusste absinken und von dort ihre Wirkungen, tendenziell „hinter dem Rücken“ der Menschen, entfalten - erstaunlich für eine Berufsgruppe, die nicht zuletzt (mit unterschiedlichen Ansätzen) an der Wirkung verborgener Prozesse arbeitet.

Ganz überraschend wäre ein solcher Gang der Dinge nicht. Staatsnähe, Anpassung an Regierungspolitik zwecks Etablierung der Profession liegen in der Tradition deutscher Psychologiegeschichte[22]. Die Bedarfe der nationalsozialistischen Führungen ließen den Psychologievertretern in den 1930er- und 1940er-Jahren diese „Bedarfe und Erfordernisse der Praxis“ als günstige Gelegenheit erscheinen, 1943 eine Berufsordnung (das Diplom in Psychologie) mit dem „Segen“ der NS-Behörden zu etablieren. Die Nähe zur Macht und die Andienung an sie als Mittel des Erhalts und des Ausbaus der Profession scheinen auch heute das Handeln zu führen. In mehreren Abschnitten deutscher Psychologiegeschichte sind es die sogenannten „Erfordernisse der Praxis“, die eine Nähe zum Staat und einen Abstand zur Klientel legitimieren.

Im eingangs erwähnten Programm des Bundeskongresses spielt das Thema „Resilienz“ eine nicht unwichtige Rolle. Es ist prominent vertreten. „Aufarbeitung“ oder Reflexion der Coronazeit scheinen als explizites Thema belanglos zu sein. Es geht also eher um das Fertigwerden mit dem vermeintlich Unvermeidlichen[23]. Die Botschaft: Die Verhältnisse sind in Ordnung bzw. nicht veränderbar. Es sind die Individuen, die zu optimieren sind und die ggf. ihr eigenes Unglück produzieren.

Dass Resilienzfähigkeit nicht unwesentlich von frühesten Erfahrungen abhängig und gesellschaftlich vermittelt ist - etwa über soziale Sicherheit, Vertrauen, Urteilsfähigkeit durch Bildung -, sollte dazu anregen, die sozialen und gesellschaftlichen Verhältnisse nicht aus dem humanistischen Blick zu verlieren.

Trainings zur Resilienz sind zugegebenermaßen besser vermarktbar in einer neoliberalen Gesellschaft, die das erschöpfte Selbst und Burn-outs „naturgegeben“ produziert. Resilienzförderung droht so zu einem Mittel zu werden, die Gesellschaftlichkeit des

Psychischen, die Sozialstaatlichkeit und die Ressource von Gesellschaftskritik zu unterlaufen.

Bis jetzt scheint die organisierte Psychologie sich im Wesentlichen in einer Rolle der Teilhabe an einer „höheren“, regierungsamtlichen Ordnungsfunktion zu sehen; sehr zum Schaden der einst formulierten humanistischen und emanzipatorischen Ansprüche - oder war das alles gar nicht so gemeint?

Leserbriefe zu diesem Beitrag [finden Sie hier](#).

Titelbild: Shutterstock / Studio Romantic

Mehr zum Thema:

[Corona und Psychologie: Angst arbeitet dem demokratischen Miteinander entgegen](#)

[RKI-Leak und die Hintergründe: Florian Warweg und Gabriele Gysi im Gespräch mit Aya Velázquez](#)

[Wagenknecht: Aufarbeitung der Corona-Politik ist ein ganz wichtiges Thema unserer neuen Partei](#)

[Wieso muss Bundeswehrsoldat nach Ende der Duldungspflicht für mRNA-Impfverweigerung in den Knast?](#)

[«1] Siehe zum Beispiel hier: [Karsten Montag, Folgen der deutschen Corona- und Außenpolitik](#), 24.10.2024

[«2] [deutschlandfunk.de/wo-bleibt-corona-aufarbeitung-interview-mit-frauke-rostalski-ethikerin-dlf-85201586-100.html](#), 19.10.2024

[«3] [bdp-schulpsychologie.de/aktuell/buko/2024/programm.php#thema-psychische](#),

03.11.2024

[«4] lv-schulpsychologie-nrw.de/verband-2-2/aufgabe/, 21.10.2024

[«5] schulpsychologie-bw.de/, 16.10.2024

[«6] lbsp.de/2021/03/09/lbsp-macht-risikocluster-aus/, 21.10.2024

[«7] lbsp.de/veroeffentlichungen/fachzeitschrift/, 21.10.2024

[«8] lv-schulpsychologie-nrw.de/stellungnahme-zu-mental-health-coaches/

[«9] bdp-schulpsychologie.de/aktuell/2023/230323_position_psychische_gesundheit.pdf

[«10] swr.de/swraktuell/radio/jahreskongress-der-schulpsychologen-spueren-conora-nachwirkungen-jeden-tag-100.html, 15.10.2024

[«11] dokumentiert z.B. in: Marcus Klöckner, Jens Wernicke: „Möge die gesamte Republik mit dem Finger auf sie zeigen.“ Rubikon, Frankfurt 2022

[«12] siehe zum Beispiel hier: schulpsychologie-mietz.com/2022/04/04/wissenschaftlergruppe-stutzt-christof-kuhbandner/, 24.10.2024

[«13] Heute dort nicht mehr abrufbar, jedoch hier zugänglich:
fragenstaat.de/dokumente/4123-wie-wir-covid-19-unter-kontrolle-bekommen/, 24.10.2024

[«14] Wie wir COVID-19 unter Kontrolle bekommen, S. 13,
fragenstaat.de/dokumente/4123-wie-wir-covid-19-unter-kontrolle-bekommen/, 24.10.2024

[«15] Herausforderungen, Ziele und Maßnahmen im Umgang mit der Pandemie aus psychologischer Sicht: bdp-verband.de/aktuelles/detailansicht/herausforderungen-ziele-und-massnahmen-im-umgang-mit-der-pandemie-aus-psychologischer-sicht, 24.10.2024

[«16] ebm-netzwerk.de/de/medien/pdf/stn-20200415-covid-19-ebmnetzwerk.pdf, 24.10.2024

[«17] Schrappe et al.: „Thesenpapier 1.0 zur Pandemie durch SARS-CoV-2/Covid-19: Datenbasis verbessern – Prävention gezielt weiterentwickeln – Bürgerrechte wahren“, in: „Monitor Versorgungsforschung“ (03/20), S. 53-63, doi: 10.24945/MVF.03.20.1866-0533.2224 – Via: monitor-versorgungsforschung.de/wp-content/uploads/2023/01/MVF_0320_Schrappe-et-al_TP_1-0.pdf

[«18] bdp-verband.de/aktuelles/detailansicht/bdp-in-aktueller-tv-kampagne-des-bmg-wirbleibenzuhause-wirgegencorona

[«19] deutsches-schulportal.de/bildungswesen/deutsches-schulbarometer/, 15.10.2024

[«20] deutsches-schulportal.de/bildungswesen/deutsches-schulbarometer/, 22.10.2024

[«21] vgl. Michael Ley und Carl Vierboom: Das Schweigen der Psychologen, iqbildung.de/das-schweigen-der-psychologen/, 30.10.2024

[«22] vgl. Ulfried Geuter: Die Professionalisierung der deutschen Psychologie im Nationalsozialismus.

[«23] schulpsychologie-mietz.com/wp-content/uploads/2018/05/170713-resilienz-umkacc88mpft-ucc88berarbeitete-kopie.pdf, 03.11.2024